

Die "Weltzeitung" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Deutschland 2,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezugsnehmer sämtliche Postanstalten Deutschlands entgegen. Unter Streifenbogen liegen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Die Postämter sind für den Postversand zu bezeichnen. Preis für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die schreibweise Kontraktstelle über deren Name kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M., netto pro Zeile. Die Sonntags-Beilage zu Weltzeitung: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2080, 2645, 4516 4602, 4635, 4644, 4622.

# WELTZEITUNG

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die polnischen Gegenvorschläge

### Ablehnung der Demobilisation

Moskau, 30. August. (Durch Funkdruck.)

Die polnischen Gegenvorschläge zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen besagen u. a.: Zu Punkt 1: Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen. . . . Es ist insbesondere, daß Polen sein innerpolitisches Leben ganz selbständig, ohne Einmischung anderer Staaten organisieren kann. Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorschlag: Keiner der Staaten braucht die Kriegskosten zu ersetzen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagene Grenze und über die Ostgrenze Polens reicht. Die Kraft dieses Elements muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig halten wir es für unsere Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen. Zu Punkt 3: Die Abwehr, Polen die Verpflichtung der Heeresverminderung aufzuerlegen, wird als eine Entwürdigung des polnischen Volkes kategorisch zurückgewiesen. Anstatt folge ausnahmsweise mit vollem Bewußtsein dem Beispiele der Politik Peters des Großen und Katharinas II., einer Politik, welche dieselben Forderungen stellte und zu dem Verbrechen der Teilung führte. Es letzte uns umsonst in Staunen, weil es doch der Welt bekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklungsstufe gebracht hat und nicht die geringsten Absichten zeigt, ihre eigene Wehrmacht zu beschränken. Zu Punkt 10, 200.000 Mann zu halten. Für Polen wird es kaum erst möglich sein, an die Demobilisation zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht. Was Polen, als ein echt demokratisches Reich, schon lange heilig erachtet hat, die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermilizen, würden einen völligen Umsturz der Basis der Souveränität und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen und können also solche überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Entsprechend den vorhergehenden Ergebnissen kann die polnische Regierung unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Demobilisation ihre Einwilligung geben. Das einzig richtige wäre, daß beide Seiten gleichzeitig demobilisieren, und zwar sofort nach dem Friedensschluß.

### Die Friedensverhandlungen

II. Warschau, 31. August.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß eine Einigung zwischen der polnischen und der Sowjetregierung über den Verhandlungsort in den nächsten Tagen erzielt werden kann. Man glaubt keineswegs, daß die Unterbrechung der Verhandlungen in Warschau zu einem endgültigen Abbruch führen wird, zumal die Sowjetregierung in der Frage eines neuen Verhandlungsortes bisher köstlich entgegenkommen gezeigt habe. An eine Fortsetzung der Verhandlungen in Warschau unter keinen Umständen zu denken.

### Heeresberichte

II. Warschau, 31. August.

Amlicher polnischer Heeresbericht vom 30. August. Unsere Abteilungen marschierten am 29. dieses Monats in Augustowo ein. Die Abteilungen, mit denen unsere Truppen zusammenstießen, beobachteten eine freundschäftliche Neutralität. Unseren Angriffen im Abschnitt Bialystok hielt der Feind nicht stand, sondern zog sich nach Osten zurück. Unsere Abteilungen besetzten Solotta, Grodel und Karem. Bolschewistische Abteilungen, die uns im Raume von Walo Narewka energischen Widerstand entgegenzusetzen versuchten, wurden zerstreut und in die Flucht gejagt. Im Abschnitt Brest-Litowsk herrscht Ruhe. In der Gegend von Jamosc leisteten unsere Abteilungen den Angriffen Subjennas starken Widerstand entgegen. Im Abschnitt südlich von Berezino keine Veränderung. Feindliche Angriffe auf Jedwoje und Popornow wurden abgeblasen. Im Raume von Jodacow und Sbowotow wird das Gelände durch unsere Truppen von feindlichen Artillerieabteilungen gesäubert.

Kowno, 30. August.

Etwalicher Generalstabsbericht vom 30. August. Im Süden Zusammenstoße litauischer Truppenteile mit den Polen. Diese besetzten Augustowo. Grodno ist noch in russischer Hand.

### Wrangel geschlagen

London, 31. August.

Kamenev teilte mit, daß die Landungstruppen des Generals Wrangel im Kubangebiet vollständig vernichtet worden seien; die roten Truppen hätten ihre Verbindungen abgeschnitten und sie umringt. Die Regierung des Generals Wrangel sei nur noch Herr über die Krim.

### Bolschewistische Offensive in Galizien

III. London, 31. August.

Der "Daily Chronicle" läßt sich aus Warschau berichten, daß an der südlichen russisch-polnischen Front sich neue bedeutende Kämpfe zu entwickeln scheinen. Lwow, 29. August.

liche Meilen nördlich von Lemberg und 45 englische Meilen südlich von Chelm, ist nach offizieller Mitteilung von der Ketterei Budjennys eingenommen. Man hält die dortige Bewegung der Russen für Vorbereitungen zu Angriffen auf die Gegend nördlich der Festung Lemberg.

### Kontrolle von Waffentransporten in der Schweiz

II. Zürich, 31. August.

Auch die Schweizerischen Eisenbahner haben das Verlangen gestellt, daß eine Kontrollkommission zur Ueberwachung internationaler Transporte, insbesondere der sogenannten Polenzüge eingesetzt werden. Die Schweizerische Regierung hat diese Forderung abgelehnt. Der Bundesrat wird entsprechend der bisherigen Neutralitätspolitik der Schweiz die Durchfuhr von Waffen und Munition nicht gestatten und hat die notwendige Durchsuhung des Inhalts der Züge angeordnet. Jedoch soll diese Durchsuhung ausschließlich durch dazu bestimmtes Personal der Zoll- und Bahnverwaltung erfolgen.

### Der Oberste Rat und Deutschland

III. London, 30. August.

Der diplomatische Mitarbeiter des "Daily Telegraph" erzählt, daß der Oberste Rat wahrscheinlich Mitte des nächsten Monats zusammenzutreten werde, um die osteuropäische Lage zu besprechen und um dann zu versuchen, bezüglich der deutschen Zahlungen zu einer Verständigung zu gelangen, da ohne eine solche die Brüsseler Finanzkonferenz vollständig in der Luft hängen würde. Nach demselben Korrespondenten gehen die Londoner Informationen dahin, daß Deutschland bisher seinen Verpflichtungen in der Kahlenfrage, so wie sie in dem Spa-Abkommen festgelegt wurden, in der Hauptsache nachgekommen sei, aber inbezug auf die Entwaffnungsverpflichtung gleichgültig bleibe.

### Krenz gegen Judentum

Der gegenwärtige Regierungskurs in Ungarn, der von den maßgebenden Vertretern des Katholizismus nachdrücklich als "der christliche Kurs" bezeichnet wird, hat u. a. eine wüste Judentheorie nicht nur toleriert, sondern geradezu auf jede Weise gefördert. Die Treiber dieser blutigen Verfolgung sind fanatisierte national-kerikale Kreise. Wie radikal diese ganz allgemein vorgehen möchten, das zeigt mit aller Deutlichkeit ein Initiativantrag der christlich-nationalen Vereinigung im ungarischen Parlament, dessen Inhalt die "Kölnische Volkszeitung" mit folgenden Sätzen umschreibt:

"Nach diesem Antrage dürfen Juden nicht mehr als ein Haus besitzen, überflüssige Wohnräume müßten ihnen abgenommen werden. Juden dürfen ferner keine Niederlassungsbewilligung und kein Bürgerrecht besitzen werden. Die seit 1. Januar 1914 eingewanderten Juden müssen aus Ungarn abgeschoben werden. Ihr seit dem Kriege erworbenes Vermögen sei zu konfiszieren. Juden dürfen weder Lehrer noch Professoren werden. Juden dürfen keine christlichen Diensthofen halten. Juden dürfen keine Zeitungsunternehmen leiten. Die Journalisten haben einen Eid hinsichtlich ihrer patriotischen Haltung zu leisten. Juden dürfen nicht Minister, Staatssekretär, führende Staatsbeamte oder Beamte der Auslandsvertretungen, ferner keine Soldaten und keine Polizeiangestellten sein. Alle Teilnehmer an der bolschewistischen Bewegung und diejenigen, die für den Bolschewismus agitieren, sind standrechtlich zum Tode zu verurteilen."

Dieser Ausbruch fanatischer Hasses "christlicher" Geschäftsmacher gegen Juden und Bolschewisten (das heißt: Sozialisten) müßte gerade im Interesse des wirklichen Christentums von dessen Führern aufs schärfste zurückgewiesen werden. Das wird aber kaum geschehen, weil doch beispielsweise die jeder Spur von "rotem" Terror nachschneidende und sonst sehr wortreiche Redaktion der "Kölnischen Volkszeitung" nur zu bemerken: "Der radikale Charakter des vorstehenden, weit über jedes Maß hinausgehenden Antrages kann nur erklärt werden aus der immer noch nachzitternden Empörung gegen die überwiegend jüdischen Urheber der bolschewistischen Schreckensherrschaft." Im Haß gegen den Bolschewismus (das heißt gegen den Sozialismus) wie in der Freundschaft für den Kapitalismus sind sich die Kerikalen allenthalben einig. Um diesen schülen zu können, ist ihnen die antisemitische Hege gerade recht, die die unklare soziale Erregung christlich-verdummter Massen gegen die Juden lenkt. Es ist dringend notwendig, diesem Streben der christlich-katholischen Kapitalisten, das neuerdings auch in Deutschland schärfer hervortritt, sozialistische Aufklärungsarbeit entgegenzusetzen.

## Unsere Partei und die dritte Internationale

Von Walter Stoeker

II.

Die vom Moskauer Kongreß beschlossenen Aufnahmebedingungen gelten nicht nur für uns, sondern allgemein für alle Parteien, die sich der 3. Internationale anschließen wollen. Immerhin sind sie natürlich auch auf unsere Partei berechnet. Wenn Genosse Crispian in seinem ersten Artikel sagt, jetzt zeige sich, wer auf dem Leipziger Parteitag die Situation gegenüber der 3. Internationale richtig beurteilt habe, so geht er dabei von völlig falschen Voraussetzungen aus. Es ist doch nur zu verständlich, daß die 3. Internationale gegenüber einer Partei, die so hintend und lähmend zu ihr gekommen ist, eine gewisse Vorsicht walten läßt. Hätten wir auf dem Leipziger Parteitag sofort ohne die eingetretenen hemmenden Begleiterscheinungen, ohne insbesondere das Referat Hilferdings, den Anschluß vollzogen, so hätten wir natürlich ganz anders da gestanden. In Leipzig hat man sich am schärfsten gegen den Satz meiner Resolution ausgesprochen, der die grundsätzliche Uebereinstimmung mit den Thesen der 3. Internationale feststellt. Wertwürdigerweise ist aber von den Gegnern des damaligen sofortigen Anschlusses bis heute noch keine grundsätzliche Differenz festgestellt worden. Auch unsere Delegation hatte keinerlei Auftrag, an den Beschlüssen der Moskauer Thesen irgend etwas Grundständliches zu monieren. Die Russen wissen nur zu gut, daß unsere Partei keineswegs eine völlig einheitliche, homogene Masse ist, sondern daß auch heute noch sehr verschiedene Elemente in ihr zusammengeschlossen sind.

Während die 3. Internationale, dies hat sich bei allen Beratungen in Moskau gezeigt, den Hauptwert auf eine geschlossene und einheitliche geistige Orientierung unserer Partei im Sinne der Leitsätze der 3. Internationale legt, hat sich die Debatte hier in Deutschland merkwürdigerweise ganz auf das organisatorische Gebiet verschoben, das von der 3. Internationale erst in zweiter Linie bewertet wird. Aber bei unserm deutschen Organisationswesen ist dies ja verständlich. Es ist indes ganz falsch, die Anschließfrage als eine organisatorische Frage zu behandeln. Die sachliche Entscheidung ist maßgebend. Entschleßt sich unsere Partei wirklich, eine reine, marxistisch-revolutionäre Massenpartei zu werden, die aufträumt auch mit allem hemmenden Reformismus und Opportunismus in ihren eigenen Reihen, dann ist die Organisationsfrage von untergeordneter Bedeutung. Da sich nun aber die Gegner des Anschlusses besonders auf diese Frage werfen, ist es nötig, darauf einzugehen.

Der meiste Widerspruch ist gegen die von der 3. Internationale verlangte Zentralisierung laut geworden. Hierbei muß man daran denken, daß unsere russischen Genossen eine langjährige revolutionäre Lehrzeit hinter sich haben, daß sie alle der festen Ueberzeugung sind, ihre großen revolutionären Erfolge verdanken sie vor allem der Existenz einer wahrhaft revolutionären, geistig einheitlich orientierten und wirklich straff organisierten Massenpartei. Und es ist wohl sicher, daß die russische Revolution in all den schwierigen Momenten des Bürgerkrieges ohne diese so straff zentralisierte kommunistische Massenpartei längst den Anstürmen der konterrevolutionären Bourgeoisie und der Weißgardisten erlegen wäre. Deshalb geben sie aus ihren praktischen Erfahrungen heraus, den Arbeitern aller Länder, die noch um die proletarische Diktatur kämpfen und die noch vor dem entscheidenden Ringen des Bürgerkrieges stehen, den Rat, sich diese Erfahrungen der russischen Revolutionen zu Nutzen zu machen und die betreffenden revolutionären Arbeiterparteien auch in dieser Weise umzustellen. Es ist ganz falsch, wenn Genosse Crispian behauptet, nach den Beschlüssen der kommunistischen Internationale sollten die "Bonzen" unumschränkte Gewalt ausüben und die Masse nur als Kanonensfutter bewertet werden und keine Meinung dürfe gelten, als die der obersten Bonzen. Es ist mir unverständlich, wie Genosse Crispian ein solches Zerbild einer revolutionären kommunistischen Organisation unserer deutschen Parteigenossen an die Wand malen kann. Nichts falscher als das! Selbstverständlich haben in jeder revolutionären Massenpartei auch die Massen das entscheidende Wort. Aber, was die 3. Internationale wünscht, ist eine wahrhaft geschlossene, aktionsfähige Massenpartei, in der die leitenden Genossen ganz von dem Vertrauen der in der Partei stehenden Massen getragen werden, weil sowohl Führer wie Massen von einer völlig einheitlichen, revolutionären Grundanschauung und einheitlich revolutionärem Willen befeuert sind. Deshalb sprechen die Thesen auch von einem demokratischen Zentralismus. In einer solchen Partei muß und soll allerdings die Zentrale auf Grund der ihr zur Verfügung gestellten Rechte den Willen der Massen vollstrecken und dafür Sorge tragen, daß die Partei auch tatsächlich eine wahre Kampforganisation bleibt. Es ist ganz falsch, wenn Genossen Crispian schreibt, nach der Ansicht der kommunistischen Internationale seien in revolutionären Zeiten Meinungsverschiedenheiten nicht notwendig, sondern geradezu ein Verbrechen. Es gibt wohl kaum eine revo-

lutionäre Massenpartei, die so viele Generalversammlungen, Bezirks- und Kreisparteitage abhält wie die russische kommunistische Partei. Selbstverständlich gibt es dort wie hier, manche Meinungsverschiedenheiten, aber eine Partei, die wie die russische, mitten im schwersten Bürgerkrieg steht, muß natürlich verlangen, daß sich alle Genossen, den Mehrheitsbeschluß der Partei fügen und Disziplin üben. Das ist, was die russischen Genossen von uns wünschen, weil sie mit Recht annehmen, daß auch wir unmittelbar vor den schwersten Kämpfen stehen. Nicht aber eine Partei, in der ein Teil „Hüh“ und der andere Teil „Hott“ zieht, nicht eine Partei, die nach außen hin die verschiedenartigsten Tendenzen zeigt und in der sogar Anhänger und Gegner der proletarischen Diktatur zusammenarbeiten, wie in der unsern.

Ganz abgesehen von den Moskauer Beschlüssen bin ich der Ansicht, daß auch wir in den kommenden schweren Kämpfen, denen wir entgegen gehen, eine weit strenger zentralisierte Partei brauchen, als wir sie heute haben. Haben wir doch alle aufs tiefste die vielfach so zersplitterten Teilkaktionen der deutschen Arbeiterkraft beklagt, wurde doch damals allenthalben nach einer wirklich einheitlichen Leitung gerufen.

Es ist eine Irreführung von Hilferding, wenn er bei der Debatte über den Zentralismus in der Partei sogar auf August Bebel zurückgreift. Genosse Hilferding ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß man die Organisationsform der damals immerhin friedlichen Epoche nicht mit der heutigen Situation des Bürgerkrieges vergleichen kann, wo sich das revolutionäre Proletariat mitten im Kriegszustand mit der Bourgeoisie befindet und ihr Auge in Auge gegenübersteht, in einer Zeit des Rapp-Rußes, des weißen Terrors, der Rassenerschlagungen und Verhaftungen, der bewaffneten Junker und des bewaffneten Bürgerkriegs, der Gegenüber und der weißen Garde. Der mit einem glänzenden Machtapparat ausgestatteten feindlichen Bourgeoisie muß die kämpfende Arbeiterkraft einen zentralisierten proletarisch-revolutionären Machtfaktor entgegen stellen. In diesem um Tod oder Leben entscheidenden Kampfe, kann auch innerhalb der ringenden Arbeiterklasse die Demokratie allerdings nicht immer bis zum J-Wort ausgeübt werden. Wenn Hilferding weiterhin schreibt, daß die Parteimitglieder auch den Rest eines Einflusses auf ihre Leitung verlieren und einer konspirativen Körperschaft gehören müßten, da es Bedingung sei, daß die bekannte legale Leitung sich der illegalen unterordne, so muß ich schon sagen, daß dies eine geradezu an den Haaren herbeigezogene künstliche Konstruktion ist. Weder in den Statuten noch in den Aufnahmebedingungen ist von dieser sogenannten Unterordnung ein Wort zu finden. Da mit einer solchen Bestimmung in den Moskauer Beschlüssen unbekannt war, habe ich lange suchen müssen, ehe ich die Unterlagen der Hilferding'schen Konstruktion fand. Im 17. Absatz der Thesen über die Aufgaben der Partei heißt es nämlich: „In den Ländern, wo noch die Bourgeoisie oder die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie an der Macht ist, müssen die kommunistischen Parteien es lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu kombinieren. Dabei muß sich die legale Arbeit stets unter der tatsächlichen Kontrolle der illegalen Partei befinden.“ Selbstverständlich kann sich diese Bestimmung nur auf einen Zustand beziehen, in dem sich der Bürgerkrieg so zugespielt hat, daß eine legale Tätigkeit kaum noch möglich ist; und hieraus konstruiert sich Hilferding eine normale „unbedingte Unterordnung“ der Parteileitung unter die illegale Organisation. Dieser Fall ist bezeichnend dafür, mit welchen Mitteln man Stimmung gegen die 3. Internationale zu machen sucht.

Wir haben den russischen Genossen gesagt, daß in unserer Partei als Reaktion auf den Parteibureaokratismus der alten Sozialdemokratie, der den Willen der Parteigenossen in den Kriegsjahren geradezu gebrochen hat, eine stark autonome und föderalistische Tendenz vorhanden ist, nicht zuletzt gerade in den radikalsten Teilen unserer Mitgliedschaften. Dafür hatte das Exekutivkomitee volles Verständnis, so daß ich überzeugt bin, daß gerade diese Frage bei unserm Anschluß die allergeringsten Schwierigkeiten machen wird, denn die leitenden Genossen der 3. Internationale sind sich darüber klar, daß man eine autonom und föderalistisch organisierte Partei nicht in wenigen Wochen oder Monaten zu einer straff zentralisierten Partei umwandeln kann. Es genügt völlig, wenn diese Genossen bei uns den ersten Willen sehen, unsere Partei zu einer tatsächlich kämpffähigen, zentralisierten Macht umzuwandeln. Diese ganze Zentralisationsbestrebungen sind von der 3. Internationale vor allem als Ziel aufgestellt worden. Das Exekutivkomitee ist sich auch darüber klar, daß kaum eine einzige der bereits angeführten Parteien die Zentralisation so straff durchgeführt hat, wie es gewünscht wird, weil fast alle Parteien und Traditionen den reinen Propagandageist mit sich tragen. Daß die Russen nicht daran

denken ihre spezifisch russisches Organisationschema auf die übrigen Länder zu übertragen, braucht man wohl kaum zu erwähnen. Deshalb sind auch alle Einwendungen Hilferdings gegen die Zentralisierung ein Schlag in die Luft, wenn er sich zusammenphantasiert, die Internationale verlange: bedingungslose Unterwerfung der Masse der Mitglieder unter die Diktatur der Leitung, völlige Vernichtung der Meinungs-freiheit in der Partei. Es ist unglücklich, wie ein Mann wie Hilferding mit solch lächerlichem Zeug operiert und damit unsere Arbeitermassen zu beeinflussen sucht. Aber gerade hierbei sollten unsere Mitglieder der bisherigen Haltung Hilferdings gegenüber der 3. Internationale eingedenk sein und sich auf diese Stimmungsmache nicht einlassen. — Es ist übrigens auch von Interesse, daß nicht einer unserer vier Delegierten in Moskau wegen dieser Umstellung auf die Zentralisierung Widerspruch erhoben hat. Wir alle haben allerdings, und zwar insbesondere Genosse Dittmann, mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Umstellung in unserer Partei im ersten Schweregraden verbunden sei, eben wegen der völlig andern Einstellung der Masse unserer Genossen. Von irgend einem „Unannehmbar“ oder „Unmöglich“ ist von keinem Genossen die Rede gewesen, im Gegenteil, Genosse Dittmann hat in den Verhandlungen mehrmals darauf hingewiesen, daß gerade er in der Partei bisher immer für eine stärkere Zentralisierung eingetreten sei. Der nachträgliche Protest des Genossen Crispian über die angebliche, nur in seiner Vorstellung vorhandene „deutsche Herrschaft einer obersten Bogenziehung über eine Masse geistiger Eunuchen“ klingt deshalb sehr merkwürdig.

Wer allerdings der Ansicht ist, daß wir in unserm Lande der reinsten Demokratie noch einer langen, friedlichen Entwicklung entgegengehen, weshalb wir nach dem Wunsche Kautskys zunächst die kapitalistische Produktion wieder in die Höhe bringen müssen, der wird für die notwendige Zentralisierung wenig Verständnis haben; der kann mit Recht sagen, daß wir diese Zentralisation nicht brauchen. Wer aber mit uns der Überzeugung ist, daß wir unmittelbar vor entscheidenden Zusammenstößen und Machtkämpfen mit der Bourgeoisie und ihren bewaffneten Soldaten stehen, wird sich der Notwendigkeit der Zentralisierung nicht verschließen können.

Dies über die Zentralisation. Die übrigen Aufnahmebedingungen seien in einem weiteren Artikel besprochen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Masse unserer Mitglieder bei einem wirklich geistigen Eindringen in diese Frage volles Verständnis für diese Lehren der russischen Revolution haben werden, daß sie unsere Organisation freudig und willig in der gewünschten Weise umstellen werden, in dem Bewußtsein, damit die tatkräftige, revolutionäre Kampforganisation zu erhalten, die uns zum Siege über die Bourgeoisie führen wird.

## Der Preisboyer

Der getrene Bannerträger der Profitkammer, Herr Gothein, ehemals Reichshauptkassierer und jetzt diegenannte und oft befragte „Sachverständiger“ in allerlei wirtschaftlichen Organisationen, ist auf dem Posten. Die Judenbarone haben, wie wir längst berichtet, wiederum eine Preishöhung für Kohle gefordert. Da erst vor einiger Zeit Regierung und Reichstagsparlament die Preishöhung der Kohle abgelehnt haben, müssen die Herren fürchten, daß ihrer Forderung diesmal das gleiche Schicksal blüht. Diese Gefahr wird gesteigert, dadurch, daß der Reichswirtschaftsrat sich bei der letzten Tagung seiner Ausschüsse gegen den Lohnabbau und für die Herabsetzung der Preise erklärt hat. Die Stimmung ist also kritisch. Die Öffentlichkeit ist gar nicht auf eine Preishöhung für Kohle eingestellt.

Das veranlaßt Herrn Gothein, als Preisboyer der Profitkammer, hervorzutreten. In einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ kämpft er sich heftig gegen die Stellungnahme der Herren Reichswirtschaftsrats, die diesem glänzenden Reaktionsär als höchst verdächtige Elemente erscheinen, und für den Abbau der Löhne.

Was er den Lesern des Tagesblattes als nageleues Erkenntnis vorbringt, sind uralte Alltagswahrheiten. Er beweist ausführlich, daß auch in den Preisen der Rohstoffe und der Produktionsmittel Lohnanteile enthalten sind, die im Preis der letzten Konsumwaren zum Ausdruck kommen. Das soll beweisen, daß nicht die hohen Rohstoffpreise, sondern die hohen Löhne die Ursache für die unerschwinglichen Marktpreise sind. Und die Folgerung Gotheins ist natürlich die Notwendigkeit des Lohnabbaus.

Was dazu zu sagen ist, haben wir bereits gesagt. Die Absicht, die Öffentlichkeit auf neue Preissteigerungen für den wichtigsten Rohstoff, die Kohle, vorzubereiten, ist der Antrieb für Herrn Gothein. Wie eckelhaft es ist, gleichzeitig für Preissteigerungen und für Lohnherabsetzungen einzutreten, wird dem Mann nie klar werden. Die Arbeiterschaft aber muß diese Leute und ihre Bestrebungen kennen und genau verfolgen, um zu wissen, was sie von ihnen zu gewärtigen hat. Das ist der Grund, weshalb wir Herrn Gothein die Ehre erweisen, und uns mit ihm beschäftigen mußten.

Man hörte ihn nicht. Er arbeitete kommunistische Projekte aus. Man suchte die Köpfe. Er verwarf das Eigentum, sah in ihm Diebstahl, wollte Arbeiterorganisationen gründen, förderte straffe Zentralisation des Gemeinlebens. Aber die Revolution mußte kommen. Köpfe hat sein Vermögen, sein Geschäft verloren, geriet in Lebensgefahr, litt unsagbar unter den Strafanstalten, die eine Massenherabsetzung nach langer Knechtschaft notwendig verurteilt, aber erkannte die Notwendigkeit der Revolution und wirkte für sie. Köpfe sah, daß alle Grauel nur die Folgen der elenden Regierung waren und wußte, was heute viele zu verpeffen scheinen, daß ein revolutionäres Geschlecht Eltern hat, die seine Geburt und sein Werden verschuldet haben. Er mag nicht außergewöhnliche Zeiten mit gewöhnlichem Maßstab, sah die europäische Entwicklung der Ereignisse voraus und war gegen jede Verständigung mit dem Königtum und seinen Parteien. Er wollte die Führung der Revolution in den Händen entschlossener Revolutionäre wissen, sah im Königtum mit seiner schwankenden Politik eine Gefahr und sprach für den Tod des Königs. Er ging mit Marat, denn er fürchtete den Untergang der Republik, die Unterwerfung des Landes durch die Alliierten und die Möglichkeit der Wiederkehr alter Zustände, die — vergeblich gewarnt — alles Grauen verschuldet hatten.

Köpfe hat nach das Direktorium und Bonapartes Kalkülum erlegt. Aber er brach zusammen. Das Kalkülum Bonapartes blieb ihm ein Hoffnungsstimmer. Bonaparte hat dem Alten imponiert, weil er die Zentralgewalt des neuen Systems bewunderte. Er sah nicht, daß der Einzelne jetzt nur noch gemeiner ausgebeutet wurde. Vergessen und jermüdet starb er — vor seiner Zeit, sein Bett rogt ähnungsvoll in unsere und kommende Tage.

Kurt Kerker.

## Seecht und Sedan

Die Deutschnationalen und ihre politischen Nachbarn, die Tannenberger und Sedan. Sie feiern den Krieg, die Seecht-Verheerung. Sie erkennen nicht, daß Seechtler auf das Schlachtfeld nach der Niederlage nur lächerlich wirken können, daß der Zusammenbruch des Nationalismus durch ein neues Aufleben des Nationalismus bei Festkommern nur um so heller beleuchtet werden müßte. Weniger lächerlich ist es indes, wenn Beauftragte der Seecht-Publik dazu auffordern, die Hohenzollern-Reliquien aufzugeben. Der Chef der Seecht-Verwaltung, Generalmajor Seecht, veröffentlicht im offiziellen Heeresverordnungsblatt stehende Kundgebung an die Reichswehr:

Wir gedenken heute des Tages von Sedan der Latzner Väter und Vorgänger von fünfzig Jahren.

Nicht lauter Geschrei spielt in dieser Zeit der schweren Väter begehren den heutigen Tag:

In dem stolzen Bewußtsein, der Väter wert gewesen zu sein, in der stillen Hoffnung auf Deutschlands Zukunft, in dem Willen, den Geist, der einst nach Sedan uns über Schlachtfelder des Westens und Ostens führte, in der Reichswehr und im Volk lebendig zu erhalten.

In der Reichswehr und im Volk soll also der Geist der Väter lebendig erhalten werden. Deutschlands Zukunft liegt auf den Schlachtfeldern. Das ist eine Herausforderung an die Nationen Europas, die ganz den Kundgebungen des barbarischen und gefährlichen Kaiser Wilhelm II. der deutschen Politik so unermesslichen Schaden bereitet hat. Es der längst wert ist für eine Enttarnung, scheint sich so sicher in Uebereinstimmung zu fühlen mit Herrn Seecht, daß er sich etwas leisten kann. Die deutsche Arbeiterkraft aber hat keine Lust sich zu der kapitalistisch-reaktionären Regierung auch noch monarchistisch-militärische Regierung zu lassen, von der hier wieder einmal ein Symptom vorliegt. Herr Seecht wird dieses Treiben seines Seecht zu veranlassen haben.

Rückkehr des Außenministers Dr. Simons. Der Reichsaussenminister Dr. Simons ist wieder in Berlin eingetroffen. Während seines Aufenthaltes in der Schweiz hat der Reichsaussenminister eine Anzahl von Vertretern der Presse empfangen. Bei der Wiedergabe der Unterhaltungen, die nicht fixiert worden sind, haben sich, wie wir feststellen können, eine Reihe von Meinungen und Mißverständnisse eingeschlichen. Gelegentlich der öffentlichen Aussprache im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird der Minister Anlauf nehmen, sich auch über die in diesen Interviews berührten Angelegenheiten näher zu äußern.

Die sächsischen Volkstammwahlen. Die rechtssozialistische Partei für den Kreis Ost-Sachsen gibt ihre Kandidatenliste für die Volkstammwahlen bekannt. An der Spitze der aus dem Namen bestehenden Liste steht der jetzige Vorsitzende der sächsischen demokratischen Partei Sachsen, Sindermann und Parteiminister Schwarz.

Die Umstellung des Energieverbrauchs. Wie die „Telegraphische Anzeiger“ erzählt, wird beabsichtigt, in den industriellen Betrieben die bis zu 160 Kilometer von den Braunkohlenrevieren entfernt liegen, die Verfeuerung von Steinkohle allmählich ganz zu ersetzen und durch Braunkohle bzw. durch Elektrizität, die verarbeitete Braunkohle erzeugt wird, zu ersetzen.

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer erläßt einen Aufruf, der in berechneten Worten sich gegen die Kriegswahnsinnigkeit und sich an die Seite der Gewerkschaftsinternationale und der sächsischen Organisationen stellt. Er fordert alle Kriegsteilnehmer auf, die Dagegenblende zur Unterstützung der Internationale des Friedens und zum Eintritt in die Organisation des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer auf. Der Aufruf schließt mit folgenden Worten: Kameraden, Friedensfreunde, laßt heute Mobilmachungstag für den einzig berechtigten Krieg, für den Krieg gegen den Krieg sein! Es lebe der Friede! — Zuschriften und Geldsendungen an den Sekretariat des F. d. K., Berlin-Charlottenburg, Rindfleisch-Str. 17 a, Postfach 73047.

Zurückverlegung der Transportstraße für den Entente-nachschub. Die infolge des russischen Vormarsches am 18. August verlegte Transportstraße für den Entente-nachschub nach Danzig am 26. August wieder auf die frühere Linie Ostpreußen-Danzig-Berlin-Deutsch-Eupen zurückverlegt. Die Entente-Kommission kehrt von Danzig nach Deutsch-Eupen zurück.

Waffenlieferungen in Desterreich. Den Völkern zufolge haben heute vormittag in der Engländer Munitionsfabrik Wertheimungen leitender Persönlichkeiten, Beamter und Arbeiter statt. Die Behörden haben Schießungen von Waffen und Munitionsvorräten im Betrage von sieben Millionen Kalibern, u. a. sollen Waffen und Munition in großen Mengen ins Ausland verschoben worden sein.

Zu der Itho-Slowakei gewinnt eine Los-von-Bewegung immer mehr an Bedeutung, die von einer neuen Generation der Klerikalen nach ihren Gründern so genannten — „Jahrhundert-Harst-Kirche“ ausgeht. Der Abfallfrage, deren Väter von bereits extkommuniziert wurden, gehören schon 120 000 Mitglieder an. In zahlreichen Orten hat die sächsisch-katholische Kirche katholisch-katholischen Kultusgebäude angekauft.

Der französische Präsident Deschanel antwortet wieder. „Journal des Debats“ wird Deschanel vor Ende der Kammervertagung seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

## Verblöding

Das liebe Publikum läuft noch immer ins Berliner Zeughaus, die „Kuhmeshalle“ der Hohenzollern, um sich an früheren Siegestrophäen zu berauschen. Und deutsch-nationale Patrioten beschwerten sich, daß ein geduldet Schinken- und Sekt-selmalers Anton v. Werner von der Berliner Museumsverwaltung in die Kumpellammer geschafft wurde. Weisheit nicht aus politischen Gründen, denn es hängen ja ähnliche Schinken nationaler Nichtkünstler noch massenhaft in den Museen der „Republik“ an die sich eine Reinigungsmission selber ebenförmig herantraut wie an die Siegesallee und andere Denkmäler unserer Schmach. Dafür bejubeln nationale Wühlkinder aber das einigmal Denkmal Heinrich Heines, das Deutschland in einem rechtlichen Winkel Hamburgs hat und wollen (wörtlich) dem patriotischen „Sajud Einsteins an die Gurgel“. So lag es ein studentischer Rowdy in Gegenwart des von diesem „Deutschtum“ angeleiteten Gelehrten. Ja, dieser Krieg und diese „Revolution“ hat es wirklich verdient, von einem Sudermann dematisch verknüpft zu werden, der jeden eine vaterländische Teilogie „Das deutsche Schicksal“ von 1914—1918 als volles endet anklündigt. Lieb Vaterland magst ruhig sein. . .

„Das junge Deutschland“ hat am Sonntag mittag seine dramatischen Veranstaltungen im „Deutschen Theater“ mit einer Aufführung von Otto Jureks „Kaiser Karl V.“ abgeschlossen. Es ist das allfuge Jugendwerk eines sehr unreifen Verfassers, das mit allen modernen und banalen Anklängen so hochliterarisch rachel, daß er im engeren Kreise bereits als Dichter gepriesen wird. Schicksalstragen der Weltverlorenheit, Macht und Ehrgeiz steht es in abgegriffene Kleinschreibsamänge um. Der gewöhnliche Jambenungetüm von früher verdichtet sich hier zu einer Expression, bei der im Dunkel dramatischer Unschlossenheit hier und da ein lyrisches Lichtlein aufzuckt. Die Regie Heinz Heralds vermag dem Werte nicht viel zu geben. Die fargen menschlichen Mittel und die jungen Schauspieler verlagten. Dagegen hielten Paul Günther, Jahnert und Käthe Kevill künstlerisches Niveau, und der mit jeder Rolle voranschreitende Hans Schweitzer gab seines Wesens junge Kraft und Melodie dem Kaiser Karl, ohne daß sich jedoch des Dichters schwankende Schemen zu einem lebendig unruhigen Gestalt vermischen.

## Der Rousseau der Goffe

### Récit de la Bretonne

Wiese leben in ihm einen Clown, einen Ausbund aller Laster. Gefesselt hat er immer, Wilhelm von Humboldt gab die erste Schilderung des Sonderlings.

Aber er war mehr als ein schnurriger Kauz mit ewigen Unterweltschwärmungen. Er ist einer der ersten proletarischen Dichter gewesen, sein Sinnen galt kommunistischen Lebensformen, er schrieb um anzugreifen und neue Wege zu weisen. Er gehört zu den Wegbereitern der Revolution. Als sie ausbrach, wich er nicht feige vor ihren Schrecken zurück, sondern ging herabhaft mit ihr. Seine Ideen haben Fourier befruchtet, seine Stoffmeisterung ist Balzac zum Vorbild geworden, sein menschliches, aufrechtes Wesen wird immer in Gedächtnis einiger Menschen weilen.

Sein Leben ist ein spannender Roman — vielleicht noch fesselnder durch seine Tugenden gemacht, denn er war in jeder Faser seines Wesens ein Väterat. Er ist 1734 in Burgund geboren, hat die Schale des Vaters geerbt, frühzeitig Kinder in die Welt gesetzt, aber zum Schwiegerjohn wollte ihn Niemand haben, in jungen Jahren kam er nach Paris, litt immer Schiffsbruch, schrieb Romane, Komödien, Verse; die Zahl seiner Werke hat er selber nicht gewußt, obgleich er sie selbst gedruckt hat, denn er besaß eine kleine Druckeret, in der er mitarbeitete — als Genosse seiner Geschiffen. Arbeiter, Handwerker sind seine Freunde gewesen, für jeden Armen wußte er Hilfe, wenn er auch selber noch so sehr Not litt, er war der Dichter des Lumpenproletariats, des Kleinbürgeriums und hat verächtlich die Sitten der großen Welt gemalt, von der er sich fernhielt. Den Stoff gab ihm das Leben, die Stadt Paris. Man nannte ihn in Frankreich deshalb den Rousseau der Goffe. Am wichtigsten war ihm immer der Mensch; die Anatomie der Seele, rücksichtslos hat er Gefühle registriert und gehört in jene Reiche der großen Befehrer, er trägt vollendet die Füge seiner klaffenbewußten, kritischen Empirerzeit. Seinen Angriff richtete er gegen die ganze bestehende Ordnung. Er kannte seine Zeit, beherrschte ihre Sophismen, den Ton der Salons und Gassen, lächelte die Not der Unterdrückten hinaus, beugte sich wie ein gallischer Dostojewski vor dem Menschentum eines Freudenmädchens. Er war einer der großen Naturalisten, zu denen später Balzac, Flaubert und Zola gehören. Aber er war ein unflätiges Stück Goffe, ein verdorrender Rebell mit lauterer Weisheit des Herzens. Er gab grobhartige Dichtungen der Großstadt, enthielt in aufrechter Empörung die Schreckenheiten des Bandes von Paris, nirgends ist damals so erschütternd großstädtisches Gend geschildert worden wie im

# Frankreich präsentiert die Rechnung

St. Paris, 21. August.

Der deutsche Botschafter in Paris, Mayer, hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er die Leitung der Botschaftsgeschäfte wieder übernommen habe. Paleologue, der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes und Stellvertreter des Außenministers hat dem deutschen Botschafter bekanntgegeben, welche Entschädigung Frankreich für die Zerstörung des französischen Konsulats in Breslau verlangen wird.

Es zeigt sich also bei diesen Vorgängen wiederum, daß das Volk die Fenstercheiben bezahlen muß, die von dem nationalistischen Böbel eingeschlagen werden. Wenn die reaktionäre Presse es jetzt so darzustellen versucht, als ob sie mit den Exzellen in Breslau nichts zu tun habe, so muß doch immer aufs Neue darauf hingewiesen werden, daß gerade sie es ist, die mit ihrer Aufstachelung der nationalen Leidenschaften den Boden vorbereitet, auf dem sich solche Giftblüten entwickeln müssen.

# Sozialistische Rundgebungen in Italien

St. Paris, 21. August.

Savas meldet aus Rom, daß in vielen Städten sozialistische Rundgebungen stattgefunden haben, um die sofortige Anerkennung der Sowjetregierung durchzusetzen. Die Beteiligung an diesen Rundgebungen war nicht sehr groß. Es kam nirgends zu Zwischenfällen, mit Ausnahme von Florenz, wo ein Demonstrationszug mit der Polizei zusammenstieß. Ein kommunistischer und zwei Demonstrationen wurden getötet und viele verwundet. Im Zusammenhang mit diesen Zwischenfällen wurde ein 24 stündiger Generalstreik in Florenz proklamiert.

# In eigener Sache

Wenn man nach Däumigs Vorgehen schließen kann, dürfte in den Diskussionen über den Anschluß an die Dritte Internationale auch über meine Person gestritten werden.

Wenn ich an diesen Debatten nicht teilnehmen, so bitte ich die Genossen, dies nicht mißzuverstehen. Es liegt vor allem daran, daß ich eben jetzt eine Studienreise nach Transkaukasien unternehme, eingeladen von der sozialistischen Regierung der Republik Georgien.

Ich sehe keinen Grund, diese seit Wochen vorbereitete Reise aufzugeben.

Die Gegensätze, die heute in der U. S. P. D. ausgetragen werden, fallen keineswegs zusammen mit dem Gegensatz zwischen dem Kommunismus und den Anschauungen, die ich vertrete.

Und diese Anschauungen brauche ich nicht neu zu entwickeln, ich habe sie seit zwei Jahren in mehreren Schriften dargelegt.

Auch die Dritte Internationale habe ich früher schon so eingeschätzt, wie sie sich jetzt zeigt. In meiner Schrift über „Vergangenheit und Zukunft der Internationale“ sagte ich z. B. auf Seite 58 und 59:

„Die Dritte Internationale kann nur Mitglieder brauchen, die die Moskauer Diktatur nicht bloß für Russland, sondern auch für sich anerkennen... Die Dritte Internationale wird nie mehr sein, als die Internationale einer Seite, der Kommunisten... Sie kann nie alle sozialistischen Massenparteien umfassen, wird fast stets nur Parteil splitter umfassen.“

Es ist nicht zu erwarten, daß im Laufe der Diskussion neue, noch unerwartete Probleme auftauchen werden. Deshalb erscheint es mir nicht notwendig, in die Diskussion einzugreifen.

Es bleibt mir beim Abschied bloß übrig, zu wünschen, der Gegenstand möge eine Lösung finden, die den Zusammenschluß des deutschen Proletariats zu einer kraftvollen Front ermöglicht.

R. Rautsky.

# Das profitgierige Kalfsyndikat

Zu welchen Wirkungen die jetzt bei uns in Deutschland als Vorstufe zur „Sozialisierung“ geprüfene Bildung von Selbstverwaltungskörpern — des Zwangs syndikats — führt, lehnen drastisch die schweren Beschuldigungen, die der Generaldirektor des kalfindustriellen Winterhallkonzerns in der letzten Generalversammlung des Unternehmens gegen die Preispolitik des Kalfsyndikats erhob. Er beschuldigte es ungewöhnlicher Preisliberalität und führt auf reinen Preiswucher u. a. den Verkauf des riesigen nordamerikanischen Geschäfts für den deutschen Kalfbergbau zurück. Nordamerika hätte Ende 1919 zuerst durch englische Vermittlung wieder 30 000 Tonnen Kalf zum Preise von 76 Dollar je Einheit gekauft. Die Nachfrage entwickelte sich dann sehr schnell — Nordamerika bezog 1913 rund 225 000 Tonnen deutsches Kalf — die Preise stiegen bis auf 96 Dollar. Zuletzt hatte das Syndikat 150 Dollar verlangt. Das Geschäft Amerika unter Hinweis auf die Möglichkeit spanischer, effizienter Bezüge abgelehnt. Das Syndikat aber blieb bei seiner Forderung, an der dann das ganze amerikanische Geschäft, das nur

# Sanfte satte Egoisten

Es gibt sanfte, ruhige Leute, welche stets finden, daß es mit allem gut bestellt ist, weil sie ein Interesse daran haben, daß nichts besser werde, die stets mit allen Menschen zufrieden sind, weil sie sich um niemand kümmern, die, an einer guten Tafel sitzend, versichern, es sei nicht wahr, daß das Volk Hunger habe, die mit wohlgefüllter Tasche es übernehmen, wenn man zugunsten der Armen redet, die von ihrem wohlverteilten Hause das Leben schenken, ohne zu klagen, weil Gott sie mit einer sehr verdienstlichen Easinnuit begnadet hat, um fremdes Unglück zu ertragen.

Jean Jacques Rousseau.

„Vollkühne“ und „Große Volksooper“ werden vielfach verwechselt. Demgegenüber weist das Nachrichtenblatt der „Vollkühne“ auf, daß beide wohl miteinander in Verbindung stünden, aber doch völlig selbständig wären und getrennte Leitungen hätten. Die Vollkühne E. B. mit ihren 130 000 Mitgliedern, die bereits das Theater am Bülowplatz besitzt, hat neuerdings die ehemalige Krolloper dazu gepachtet und gibt festverzinsliche, unsprozentige Teilschuldverschreibungen in Stück von 50 Mk. an aus, aus deren Erträgen der Umbau der Krolloper bestritten werden soll. Die „Große Volksooper“, eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, wird für die Zeichnung von Aktien, die nicht festverzinslich sind, aber ihren Inhabern schon jetzt gewisse Vorteile beim Erwerb von Eintrittskarten für den Besuch der Staatsoper und von Konzerten bieten, später mit ihrem Kapital ein eigenes, neues großes Opernhaus zu errichten, ohne jeden Zusammenhang mit der Krolloper, in der sich z. B. ihr Bureau befindet. Die Geschäftsstelle der Vollkühne befindet sich nach wie vor im Theater am Bülowplatz, Linienstraße 227.

„Das Mädchen aus dem Walle.“ Sonntag nachmittags fand im Theater des Westens ein Gaskspiel russischer Schauspieler statt. Das italienische Stück Ritodemis. „Das Mädchen aus dem Walle“ schildert zwar nicht das russische Milieu, aber die Mitweltenden verstanden es doch, auch die ihnen fremden Gestalten lebendig darzustellen und das Publikum in gute Stimmung zu versetzen. Besonders zeichneten sich hierbei Frau Tamara Duwan und Frau E. P. P. aus. Auch Herr Wassili Bronski fand mit seinen Leistungen lebhaften Beifall. Nächsten Sonntag nachmittags werden in demselben Theater drei russische Einakter gespielt werden, darunter „Das Jubiläum“ von Tschadow. T. R.

auf der Basis verständiger Preise zu halten sei, sich zerschlug. Mit Italien sei es ähnlich. Das Syndikat habe ihm den für italienische Verhältnisse ganz unmöglichen Preis von 100 Lire für den Doppelzentner ab Staßfurt verlangt, wozu dann noch etwa 25 Lire Frachtposten gekommen wären. Dabei sei ein Preis von 60 Lire durchaus genügend, um den im Werragebiete besetzten Werken einen angemessenen Gewinn zu gewährleisten. Mit Vändern unterwertiger Saluta scheine das Syndikat überhaupt nicht gern arbeiten zu wollen. Es wolle nur hohe Preise, anstatt Ablass, wozu es auch sei, ohne Rücksicht darauf, ob den Betreibern billigeren Preisen ein angemessener Gewinn bleibe oder nicht. Im Hinblick auf die Tendenz des Kalfsyndikats, die Preise auch für inländischen Ablass immer weiter zu erhöhen — wogegen sich der Generaldirektor der Werrawerke gleichfalls scharf aussprach — gewinnen seine Angriffe auf das Geschäftsgebahren des Kalfsyndikats erhöhte Bedeutung. Uns scheint, als ob das Reichswirtschaftsministerium allen Anlaß habe, sich mit der Angelegenheit sehr genau zu befassen, damit weitere Schädigungen des deutschen Wirtschaftslebens durch unverantwortliche Wucherpolitik industrieller Syndikats vermieden werden. Der ganze Vorgang aber beweist wieder einmal die Notwendigkeit der Sozialisierung gerade derjenigen Industrien, die als Monopolbesitz rücksichtslos die Allgemeinheit ausbeuten.

# Ein Gutachten zum Axelrod-Prozess

Am 25. Juli 1919 wurde in München der Gesandte der russischen Sowjetregierung Dr. Axelrod wegen Beschlechte von Hochverrat zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Axelrod war im April 1919 vor dem russischen Volkskommissar Tschitscherin zum Gesandten bei der bayerischen Räterepublik ernannt worden. Nach dem Sturz der Räterepublik flüchtete Axelrod aus München nach Tirol. Hier wurde er festgenommen und von der Bezirkshauptmannschaft in Schwaz zur bayerischen Grenze zurücktransportiert und den deutschen Grenzoffizieren ausgeliefert. Vergeblich versuchte Axelrod vor seinem Abtransport zur bayerischen Grenze sich mit der österreichischen Regierung in Wien in Verbindung zu setzen. Seine Depeschen blieben unbesördert.

In dem Prozess vor dem Münchener Standgericht protestierten Axelrod und seine Verteidiger auf das entschiedenste dagegen, daß ein russischer Gesandter entgegen dem Völkerrecht, vor einem deutschen Gericht zur Verantwortung gezogen würde. Im Auftrage der Verteidigung erstattete Felix Halle ein eingehendes juristisches Gutachten über die Frage, ob die deutschen Gerichte zur Aburteilung Axelrods zuständig seien. Dieses Gutachten ist jetzt unter dem Titel: „Die Völkerrechtliche Unverletzlichkeit der Gesandten“ im Buchverlag des Rätebundes in Berlin erschienen.

In seinem Gutachten kommt Halle auf Grund eingehender juristischer und historischer Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß der Prozess gegen Axelrod nicht nur politisch ein schwerer Fehler der Regierung, sondern auch völkerrechtlich ein Übel gewesen sei. Zweifellos sei Russland berechtigt gewesen, die bayerische Räterepublik anzuerkennen und sich bei ihr durch einen Gesandten vertreten zu lassen. Von seinem Rechte habe es durch die Ernennung Axelrods Gebrauch gemacht. Ausdrücklich habe auch der russische Volkskommissar Tschitscherin sowohl während der Räterepublik als auch später während des Prozessverfahrens Axelrod als rechtmäßigen Vertreter der Sowjet-Republik bezeichnet. Als Gesandter unterliege Axelrod weder der deutschen Gerichtsbarkeit, noch dem deutschen Strafrecht. Die bayerische Regierung dürfe daher die Erhebung und Durchführung der Anklage gegen Axelrod nicht zulassen.

Halle weist sodann im weiteren Verlauf seines Gutachtens nach, daß seine Auslieferung durch die Kreisshauptmannschaft in Schwaz gezwungenermaßen ist. Falls Axelrod überhaupt ausgeliefert werden dürfte, dürfte die Auslieferung nach einem österreichischen Justizministerialerlass vom Jahre 1875, der noch in Kraft ist, nur durch die Wiener Zentralregierung, nicht aber durch die untergeordnete Kreisshauptmannschaft verfügt werden. Da die Auslieferung somit gezwungenermaßen war, dürfte das bayerische Standgericht sie nicht zur Grundlage seines gerichtlichen Verfahrens machen, sondern müßte sie als unrichtig betrachten und Axelrod freisprechen.

Trotz dieser Rechtslage erfolgte, wie bereits erwähnt ist, Axelrods Verurteilung zu schwerer Zuchthausstrafe und Ehrverlust. Durch Repressalien der Sowjetregierung, die einen deutschen Offizier in Haft nehmen ließ, wurde die Vollstreckung des Urteils verhindert. Axelrod wurde zuerst aus der Strafe in Schutzhaft überführt und sodann freigelassen.

Ein recht trübes Kapitel deutscher Justiz, dessen Erinnerung durch die klar geführte und juristisch eingehende Untersuchung Halle wieder wachgerufen wird.

R. B.

# Gegen das Schlemmerleben in Borkum

Die „Ostpreussische Zeitung“ vom Montag, den 2. August schreibt: „Die unabhängigen Hafenarbeiter Embdens drohen mit Stilllegung allen Verkehrs nach Borkum, wenn das „Borkumklub“ weiter gefungen wird. Das Abhängen ist seit gestern abend eingestellt.“

Hierzu erfahren wir von durchaus zuverlässiger Seite folgendes: In dieser Mitteilung ist kein wahres Wort. Der Sache U. S. P. D. Embden kontra Borkum liegt vielmehr folgender Tatbestand zugrunde: Der Insel Borkum sind an Fleisch — selbstverständlich außer dem jeder Person gesetzlich zukommenden Quantum — für den Kurbetrieb wöchentlich 20 Stück Strohvieh zuerkannt worden. Aber man begnügte sich nicht mit diesem Quantum. In großer Menge wurde Vieh nach Borkum, dem jüdenreichen Badeort, verschoben. Vieh darf aber nur ausgeführt werden, wenn es als „Zuchtvieh“ bestimmt ist. Obgleich nun auch dem allerhöchsten Befehl ist, daß auf Borkum keine Viehzuucht getrieben wird, wurde von den Behörden die Ueberführung des Zuchtviehs anstandslos genehmigt. Und da in Borkum ein lauffähiges Publikum ist — die Woche Sekt kostet rund 150 M. —, so wurde Vieh in großen Mengen und dabei in guter Qualität, hinübergeschoben. In Borkum war stellenweise eine derartige Fülle von Fleisch, daß Badegäste Speck, Fett und in Borkum hergestellte Würst in ihre Heimat verschiften. Dagegen ist in Embden vier Wochen lang jeglicher Fleischverkauf wegen Fleischmangel eingestellt gewesen und das in letzter Zeit gefleischte Fleisch war von schlechtester Qualität. Ebenso wie Fleisch wurde auch Milch nach Borkum in großer Menge geschickt verschoben. Während in Borkum stellenweise auf jeden Einwohner täglich durchschnittlich ein halber Liter kam, mußten sich in Embden vielfach ganze Haushaltungen mit einem Viertelliter begnügen. Diese Zustände wurden im Embdener Bürgervereinskollegium von Rechtssozialisten mehrfach zur Sprache gebracht, jedoch erfolglos. Nachdem dann der Arbeitergesangverein einen Ausflug nach Borkum gemacht hatte und die Arbeiter gelassen hatten, wie in Borkum geschlemmt wurde, griff die U. S. P. D. ein. Sie richtete an den Magistrat und das Landratsamt ein Ultimatum, dahingehend, daß wenn die geschwürigen Schledungen nicht aufhörten und wenn man in dieser Sache der U. S. P. D. nicht ein Kontrollrecht zugesteh, die U. S. P. D. den Verkehr mit Borkum vollständig stilllegen würde. Beide Bedingungen wurden bewilligt.

Ueber das „Borkumklub“ aber ist von der U. S. P. D. kein Sterbenswörtchen gesagt worden.

# Aus der Parteipresse

Heft 33 der „Freien Welt“ ist erschienen. Sie ist redaktionell besonders reich ausgestattet. Im aktuellen Bilderteil finden wir bedeutende Bilder vom russisch-polnischen Krieg und der Niederschlagung der Arbeitlosen Berlins. Neben einem treffenden Karikaturenapparat, aus dem Leben unseres Reichsanwalters Fehrenbach“ von Karl Holz, verdient die Sportseite der neuen Nummer, die mit ihren Bildern und Artikeln jeden Arbeiter-Sportfreund befriedigen wird, besondere Erwähnung. Die Schachfreunde werden erfreut sein zu hören, daß die „Freie Welt“ eine ständige Schachrubrik führen wird.

# Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter

## Stellungnahme zum Kopenhagener Kongress

Die Berliner Metallarbeiter trafen am Montag abend zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen, um den Bericht über die letzte erweiterte Beiratsitzung entgegenzunehmen. Dabei sollte der Streitfall der durch den Rücktritt des Genossen Müller als Redakteur der Metallarbeiterzeitung entstanden ist, behandelt werden. Da gegenwärtig in Stuttgart erneut eine Beiratsitzung tagt, ist es den Berliner Beiratsmitgliedern und auch dem Hauptvorstand unmöglich, an der Generalversammlung teilzunehmen. Trepitz als Leiter der Versammlung machte deshalb im Namen der Ortsverwaltung den Vorschlag, die Tagesordnung umzustellen und den Bericht über den Internationalen Metallarbeiterkongress entgegenzunehmen. Damit erklärte sich die Generalversammlung einverstanden, nahm aber folgende von Konen eingetragene und von Richard Müller unterstützte Entschließung an:

Die Generalversammlung fordert die Klärung der Differenzen, die sich zwischen dem Vorstand und dem Redakteur Müller ergeben haben. Sie ist nicht mehr wissens, eine Beiratsitzung dieser Angelegenheit zu dulden. Sie verlangt die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu Montag, den 6. September 1920. Sollte an diesem Tage abermals kein Mitglied des Hauptvorstandes erscheinen, dann soll ohne denselben verhandelt werden.

Der Bericht vom Internationalen Metallarbeiterkongress gab Richard Müller. Wir beschränken uns auf einen kurzen Auszug des Berichtes, da wir über den Kongress ausführlich in Nr. 343, 354 und 355 berichtet haben.

Zu Beginn seiner Ausführungen verwies Müller darauf, daß die Mitglieder der Gewerkschaften zu den früheren Tagungen der Internationalen Kongresse sehr schwaches Interesse gezeigt haben. Die Folge davon war, daß das Schicksal der Kongresse in Händen der Gewerkschaftsvorstände lag. Es wurde darauf verzichtet, eine starke internationale Zusammenfassung zu treffen. Der völlige Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Internationalen beim Ausbruch des Krieges war die Folge. Nach Beendigung des Krieges wurden Stimmen laut, das Band der internationalen Solidarität wieder zu festigen. Dies konnte nur auf einem internationalen Kongress geschehen. So haben wir in dem verflochtenen Jahr verschiedene internationale Kongresse gehabt, zuletzt nun auch den Internationalen Metallarbeiterkongress in Kopenhagen.

Müller ging dann in ausführlicher Weise auf die Tagung selbst ein. Zur Charakterisierung des Kongresses trage er bei, daß er sich damit begnügte, sein Bauern um Ausdruck zu bringen, daß den russischen Delegierten die Einzelverhältnisse von den Regierungskorrespondenzen und Dänemarks verweigert wurde. Müller betonte weiter, daß die Arbeit des Kongresses bis zum dritten Verhandlungstage den gegenwärtigen weltpolitischen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung getragen hat. Von den Arbeiten des eingeleiteten Komitees der Landeszentrale hatte der Kongress bis zum dritten Tage nichts erfahren. Müller legte deshalb dem Kongress eine eigene Resolution vor, die etwas Schwung in den Kongress hineinbringen sollte. Die Resolution verlangte besonders das Verbot der Munitionsexportation. Es sollte den Metallarbeitern zur Pflicht gemacht werden, die Aktionen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Parteien zu unterstützen. Daraufhin wurde dem Kongress mitgeteilt, daß das Komitee der Landesvorstände zu den von Müller aufgeworfenen Fragen bereits Stellung genommen habe. Dikmann (Deutschland) begründete darauf die vom Komitee eingebrachte einstimmig angenommene Resolution, die wir in der Sonabendausgabe (Nr. 355) gebracht haben.

Am fünften Verhandlungstage beschloß der Kongress einen stellvertretenden Sekretär zu wählen, jedoch soll der Sitz nicht mehr in Deutschland, sondern in der Schweiz sein. Weiter wurde beschlossen, einen Vorstand sofort zu wählen, wogegen sich Brodes (Deutschland) wandte. Er verlangte, daß die beteiligten Landesorganisationen diese Vertreter benennen sollten. Schließlich einigte man sich doch auf die sofortige Wahl. Zum Sekretär wurde Jig (Schweiz) gewählt. Für den Vorstand wurde Dikmann für die Gebiete deutscher Sprache, Kerschelm für die romanischen Sprachgebiete und Hansen (Kopenhagen) für Skandinavien gewählt. England soll aufgefordert werden, umgehend seinen Delegierten zu benennen. Die Russen haben keinen Vertreter zugesprochen bekommen.

Am Schluß seiner Ausführungen teilte Müller mit, daß bereits im April nächsten Jahres der Internationale Metallarbeiterkongress erneut zusammentreten solle. Dieser Kongress wird sich u. a. auch mit der Frage zu beschäftigen haben, ob er sich der Amsterdamer oder der Moskauer Gewerkschaftsinternationalen anschließen will. Diese Frage müßte unter den Mitgliedern eifrig diskutiert werden, wie sich die Mitglieder überhaupt viel mehr mit den internationalen Fragen beschäftigen müssen, als wie es bisher der Fall war. Es sei Pflicht des internationalen Sekretariats, die internationalen Beziehungen fester zu knüpfen, um als internationaler Machtfaktor sich nicht dem Schicksal von 1914 auszuliefern. Dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes müssen wir fordern, daß er den Mitgliedern Gelegenheit gibt, zu den internationalen Fragen Stellung zu nehmen. Müller empfahl deshalb nachfolgende Resolution zu Annahme:

„Die Generalversammlung der Verwaltungsräte Berlin des D. M. B. nimmt den Bericht vom 8. Internationalen Metallarbeiterkongress entgegen und erklärt, daß in Zukunft den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden muß, vor Statistiken derartiger Kongresse zu allen internationalen Fragen Stellung zu nehmen. Die ist um so notwendiger, da jetzt die Frage, ob Amsterdamer oder Moskauer Gewerkschaftsinternationalen zu entscheiden ist.“

Der Vorstand wird ersucht, für die Einberufung des nächsten internationalen Metallarbeiterkongresses vom 1. April 1921 einzutreten. Den Mitgliedern ist vorher Gelegenheit zu geben, die auf dem Kongress zur Entscheidung stehenden Fragen zu diskutieren und ihren Willen kundzugeben.“

In der Diskussion begrüßte Zimmermann, daß die internationalen Fragen jetzt mehr von den Mitgliedern beachtet werden. Auch ist es zu begrüßen, daß sich der Metallarbeiterkongress für eine starke zentralistische internationale Organisation ausgesprochen habe. Dabei sei es aber nicht zuzubedenken, wenn man darunter die unumkehrbare Herrschaft einer kleinen Körperchaft zu verstehen hätte. Das wäre eine Neuaufgabe der von den oppositionellen Gewerkschaften ganz besonders während des Krieges scharf bekämpften Zentralkongresspolitik. Damit sei keine Gewähr dagegen gegeben, daß wir in ähnliche Situationen hineinkommen, wie im August 1914 und während des ganzen Krieges, aus all diesen Gründen müßte die Frage, ob 2. oder 3. Gewerkschaftsinternationalen von den Mitgliedern eingehend diskutiert werden. Der Willensausdruck der Massen hätte zu entscheiden, nicht aber das Diktum einiger Führer. Zimmermann ersucht die Generalversammlung, der Resolution Müller zustimmen.

Senn sprach sich mit großer Wärme für die dritte Gewerkschaftsinternationalen aus. Reichhose betonte, daß man versucht sein könne, der Moskauer Internationale zuzukommen, da der Metallarbeiterkongress gezeigt hätte, daß sich dort die Geister der Evolution vereinigt hätten. Ullrich verlangte, es soll unmöglich gemacht werden, daß Schicksal und seine Freunde wieder zum nächsten Kongress delegiert werden. Die Vertreter sollten vielmehr durch Wahlbestimmung gewählt werden. Demgegenüber betont Müller in seinem Schlußwort, daß es nach dem Statut unmöglich sei, da der Verhandlungstag die Vertreter bestimmt habe. Eine von Senn eingebrachte Resolution wurde darauf von der Generalversammlung abgelehnt, dagegen die Resolution Müller gegen einige Stimmen angenommen.

Am Schluß der Versammlung ersuchte Trepitz die Funktionäre, dafür Sorge zu tragen, daß die Herstellung und der Transport von Waffen und Munition sowie jeglichen sonstigen Kriegsmaterials verhindert wird. Jeder Versuch gegen diese gewerkschaftliche Forderung soll sofort dem Metallarbeiterbureau, Linienstraße, und dem Parteibureau, Schilderstraße, mitgeteilt werden.

